

eingetreten war, verfluchten die Fußgänger erneut über die Brücke zu kommen. Als sie in der Mitte der Brücke angelangt waren, wurden sie wieder mit lebhaftem Gewehrfeuer empfangen. Wieder flüchtete die Menge zurück und suchte Deckung auf dem linken Ufer. Gegen 12 Uhr 10 Minuten kam dann ein Straßenbahnwagen der Linie 18, der nach dem Depot in der Redarstraße fahren sollte, an der Gasse der Friedrichstraße an. Die Passanten drängten nun in großer Zahl in den Wagen, in der Meinung, auf diese Weise über die Brücke gelangen zu können. Das Schießen hatte inzwischen vollkommen aufgehört. Auf das Drängen der Insassen fuhr der Führer mit dem vollbesetzten Wagen ab. Am anderen Ende der Brücke setzte jedoch das wilde Schießen wieder ein. Ein französischer Soldat fiel nach einwandfreier Zeugnisaussage dem Wagen nach und feuerte von hinten in den Wagen hinein. Die Insassen warfen sich auf den Boden, zwei Fahrgäste wurden schwer verletzt. Ein Fußgänger, der zu Beginn der Schießereien nach dem anderen Redarufer wollte, wurde leicht verletzt. Ueber die Veranlassung der Schießereien lauten die Aussagen verschieden. Ein Zeuge behauptet, kurz vor 12 Uhr sei in der Breitenstraße, etwa 1/2 Kilometer von der französischen Botschaft entfernt, ein Revolverknall gefallen. Daraufhin hätten die Franzosen mit der Sicherheit angefangen. Ein anderer Zeuge, der gegenüber der französischen Botschaft stand und leicht verletzt wurde, gibt an, die Franzosen hätten ohne ersichtlichen Grund das Feuer eröffnet. Ein dritter Zeuge behauptet, die französischen Posten seien von Vossanten bedroht worden. Der amtliche Bericht zieht aus den obigen Tatsachen folgenden Schluss: Wie bei der Erschießung des Polizeiwachmeisters Traub hat man auch hier in geradezu verächtlicher Weise auf wehrlose Menschen gefeuert. Kein Wort ist über Schussverletzungen an den Verletzten. Auch von dieser Stelle aus muß gegen das sinnlose Vorgehen gegen die friedliche Bürgerschaft scharfer Protest eingeleitet werden.

Die Smeets-„Helden“ in Trier.

Nachdem der erste Versuch der Smeets-Lente, die des Elektrizitätswerkes zu bemächtigen, mit einem Misserfolg gemaht hatte, griff während der Feiertage die Besatzungsbehörde ein. Es wurde an die Stadt das Ansuchen gestellt, die Direktion des Elektrizitätswerkes vom Dienste zu entlassen und einmitleilen zwei Beamte des Werkes, Schneider und Weiß, die sich den Vossanten angeschlossen hatten, mit der Leitung des Werkes zu betrauen. Dieses Ansuchen wurde den Vertretern der Stadt durch den hiesigen Oberbelegierten der internationalen Rheinlandkommission als Befehl angefertigt. Daraufhin wurde gestern früh in einer Betriebsversammlung der Arbeiterschaft beschlossen, das Werk stillzulegen. Die Straßenbahn verkehrte nicht. Im Elektrizitätswerk arbeitete nur ein kleiner Teil der Belegschaft, der sich mit den Vossanten solidarisch erklärte. Die Besatzungsbehörden traten darauf in neue Verhandlungen mit der Stadt ein, die zu dem Ergebnis führten, daß die Franzosen die Sicherung gaben, das Werk in die Hände der Stadt zurückzugeben. Die Einweisung von Schneider und Weiß zu Direktoren sollte rückgängig gemacht werden. Daraufhin ist die Arbeit im Elektrizitätswerk wieder aufgenommen worden.

Die englisch-russische Spannung.

In einer Unterredung mit dem Moskauer Berichtshalter des „Daily Telegraph“ trat Lichtsicherheit für Verhandlungen als einzige Weisheit zur Regelung der zwischen Großbritannien und Rußland strittigen Punkte ein. Wenn Lord Curzon der Sowjetregierung in Bezug auf Verhandlungen nicht entgegenkommen könne, so sei der Abbruch der Beziehungen unvermeidlich. Die Sowjetregierung sei zu der Annahme gezwungen, daß die englischen Geschworenen nur ein Verhör und Teil eines vorher entworfenen Planes zur Verabhandlung eines Verdicts seien. Man komme zu dem Schluss, daß Lord Curzons Hauptbegründung die Schaffung von wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewesen sei, um den Sturz der Sowjetregierung ankündigen zu bringen. Das sei ein auf falschen Voraussetzungen beruhendes Ziel und die Sowjetregierung bedauere im höchsten Maße, daß Lord Curzon bei seiner Unterredung mit Krassin nicht den geringsten Versuch unternommen habe, irgendwelche Zugeständnisse zu machen, sondern einfach sein Ultimatum wiederholt habe.

„Daily Telegraph“ schreibt in einem Leitartikel, wenn es wahr ist, wie Litvinoff dem Moskauer Berichtshalter des „Manchester Guardian“ gesagt habe, daß Lord Curzon sich in einer Unterredung mit Krassin auf eine Wiederholung seiner ursprünglichen Forderung und ein Erdröhnen um ihre bedingungslose Annahme bedrückt habe, so liege eine Art von Treubruch gegenüber dem Unterhaus in dieser Frage vor.

Die erste Situation im Orient.

Lausanne, 23. Mai. Die aus London kommenden Berichte von der Entzündung eines großen Teiles der englischen Mittelmeerflotte nach den Dardanellen lassen klar erkennen, daß man auch in England die Lage im Orient mehr und mehr als ernst ansieht. Dementsprechend ist die Stimmung in Lausanne ziemlich pessimistisch. Die nächsten Tage dürften für das Schicksal auch der zweiten Orientkonferenz entscheidend sein. Wenigstens hat am Dienstanachmittag eine längere Unterredung mit dem englischen Delegierten gehabt, über deren Inhalt noch nichts bekannt geworden ist.

Die Gerüchte über türkische militärische Maßnahmen als Antwort auf die Drohungen Griechenlands riefen gestern Abend in Konstantinopel eine stark pessimistische Stimmung hervor. So wurden Meldungen verbreitet, wonach türkische Truppen in Osttrazien gelandet wären. Man brachte diese Nachrichten sofort in Zusammenhang mit dem Besuch, den Venizelos gestern Humboldt abtätigte und mit einer Konferenz internationaler Vertreter, die spät abends unerwartet am Sika der französischen Delegation abgehalten wurde. Eine Bestätigung dieser dementsprechenden Meldungen war noch nicht zu erhalten, immerhin zeichnen sich die Nervosität, die infolge des ungelösten griechisch-türkischen Konfliktproblems die Konferenzteile ergriffen hat.

Zum Gesandtenmord in Lausanne.

Bern, 23. Mai. In der Antwort des eidgenössischen Politischen Departements an den russischen Votskommissar des Bundesrates vom 19. Mai 1923 heißt es unter anderem: Der Bundesrat hat sich nicht vorzusetzen. Sobald er von dem Verbrechen Kenntnis erhielt, beurteilte er es öffentlich als eine Handlung, die der Moral und den Gesetzen und Grundgesetzen der demokratischen Republik zumiderläuft. Als Zeichen seiner menschlichen Teilnahme ließ er der Witwe Worowskis durch einen Beamten des Politischen Departements sein Beileid ausprechen. Er hatte die Absicht, Litwinoff gegenüber ein Gleiches zu tun, wurde aber gegen seinen Willen daran gehindert. Er nahm keine Notiz von Herrn Wogens, dessen Haltung beständig unbestimmt gewesen war. Die Mächte geben dem Bundesrat am 4. Mai durch ein Schreiben des Generalsekretariats bekannt, daß Worowskis nicht als Konferenzteilnehmer zu betrachten sei. Die Frage der Einsetzung was somit von dem einzig zuständigen Instanz entzogen. Ähnlich der ersten Vereinbarung der Konferenz

Heiniger Dollarkurs (amtlich): 55361 Mark.

hatte Worowskis den waidländischen Dollarkursbörse erklärt, er verlange für seine Familie keine besondere Ueberwachung. Als er zu der zweiten Vereinerung der Konferenz zurückkam, traf er nicht einmal die Vorkaufsmaßregeln, sich bei der genannten Bourse anmelden zu lassen. Diese Umstände ihm als ein Beweis für die russischen Delegationen mit einem unauffälligen Sicherheitsdienst, erhielt jedoch nicht die mindeste Kunde von irgend einem gegen sie gerichteten Komplott. Als die schweizerischen Behörden erfuhr, daß Angehörige einer waidländischen Vereinigung Schritte unternommen hätten, um die russischen Delegierten zum Verlassen des schweizerischen Bodens zu veranlassen, traten die Behörden unverzüglich dazwischen, um diesen Vorhaben ein Ende zu machen. Die in Frage stehenden Angehörigen der waidländischen Vereinigung wurden aufgefordert, sich rüch zu verhalten. Auch nicht der geringste Anhaltspunkt erlaubte die Annahme, daß jene zu den Waidlern Beziehungen unterhalten haben.

Conradi gibt an, er habe sich für die entfallenden Gelder rüch moßen, die seine Familie in Rußland habe erbulden müssen. Die Justiz wird ihre Aufgabe in voller Unabhängigkeit durchzuführen. Wohl hat der Bundesrat ein Anrecht von der Sowjetregierung Ueberergutmachung der unerhörten Akte der Gewalt und der Verabreichung zu verlangen, wie sie an Hunderten von schweizerischen Bürgern begangen worden sind. Der Bundesrat aber schuld niemand andere Verungeltung, als wie sie ihm von der Wiltat vorgeführt wird, über die unparteiliche Anwendung der im Lande geltenden Gesetze zu machen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die deutsche Antwortnote. Die Besprechungen über die neue deutsche Reparationsnote sind im Laufe des gestrigen Tages innerhalb der Ressorts wieder aufgenommen worden. Der Reichsfiskus und der Reichsdankensminister sind im Laufe des Dienstag-Nachmittags wieder in Berlin eingetroffen; eine Kabinettsitzung hat aber noch nicht stattgefunden. Entgegen anderslautenden Meldungen wird an unabhängiger Stelle erklärt, daß der englische Kabinettswechsel auf die Abendung der Note keinen Einfluss haben werde. Nach dem bisherigen Fortgang der Resortbesprechungen ist es wahrscheinlich, daß die letzten entscheidenden Sitzungen des Reichskabinetts bezüglich der Angelegenheit der deutschen Regierung in den letzten Tagen der laufenden Woche folgen dürften.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund für Fortsetzung des Streikhandels. Wie aus Essen gemeldet wird, ist der Standpunkt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur gegenwärtigen Lage des Abwehrkampfes gegen den französisch-belgischen Einbruch auf einer Konferenz der Kaufleute und Sekretäre der Ausschüsse von Rheinland und Westfalen in einer Entscheidung zum Ausdruck gebracht worden, die betont, die in der letzten Zeit mit besonderer Rücksichtlosigkeit angewandten und verschärften Gewaltmaßnahmen gegen deutsche Volksgenossen forderten nicht nur den Protest der Gewerkschaften heraus, sondern bestärkten den Willen, den passiven Widerstand fortzusetzen, bis auch bei der französischen Regierung der ehrliche Wille zu einer Verständigung über die Reparationsfrage vorhanden sei.

Mehreren der tschechischen Arbeiter. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, haben tschechische Arbeiter zugunsten ihrer Kollegen am Ruhrgebiet 30 000 tschechische Kronen überreicht. Die Eisenbahner der Tschechoslowakei haben den deutschen Eisenbahnern direkt die Summe von 600 000 Kronen geschickt.

Republikanische Kundgebung in Heidelberg. Am Pfingstsonntag vormittag 11 Uhr ist im Hofe des Heidelberger Schlosses von etwa 1500 Teilnehmern als Abschluß der Jubiläumssfeier der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 eine republikanische Kundgebung veranstaltet worden. Es sprachen der badische Staatspräsident Kemmelé namens der badischen Regierung, ferner der bayerische Landtagsabgeordnete Tinn, der frühere thüringische Minister Freiherr von Brandenstein und andere, welche alle ein feierliches Gelobnis für die Republik ablegten.

Der Deutsche Tag im Oamburg. Die deutschen Vorkämpfer in einem großen Empfang der Grenz- und Auslandsdeutschen und der sonstigen Mitglieder des Vereins für das Deutschtum im Ausland und des Deutschen Schulbundes im Oamburg. Bürgermeister Dr. Dieckel hielt die Begrüßungsansprache, in der er u. a. sagte: Das große Wunder der Erneuerung, das wir in diesen Pfingsttagen mit dankbarer Freude wieder erleben, ist tröstlich für alle, die darauf warten, daß im ewigen Kreislauf des Lebens auch ihre Zeit wieder kommen wird, die Zeit neuen Lebens und Blühens. Auch unser deutsches Volk hofft im Winter seiner Not auf diese Tage der Erneuerung seiner Kräfte. Eines ist uns Pflicht: zu erhalten, was uns geblieben ist an geistigen und sittlichen Werten, zu bewahren und zu stärken die Liebe zur alten Zeit, die Treue zur deutschen Volksgemeinschaft. Seien Sie versichert, daß es keine Stadt im deutschen Vaterland gibt, in der man für Sie, alle, die in der Welt deutsch fühlen und denken, in echter Vaterlandsliebe zu einigen, besser versteht als in Oamburg. Das wollen wir Oamburger, von denen viele einmal Auslandsdeutsche gewesen sind, vielheitlich an denken.

Internationaler Sozialistenkongress in Oamburg. Auf dem internationalen Sozialistenkongress erhaltete Bauer-Oesterreich einen Bericht über den internationalen Kampf gegen die internationale Reaktion, wobei er fünf Gelehrtenzentren unterschied: Rußland, Deutschland, Italien, Ungarn und die Wiltländer. — Die Internationale Arbeiterbewegung. Die Internationale Arbeiterbewegung (Wiener Internationale) beschloß mit 99 gegen 6 Stimmen auf Antrag Adlers, daß, falls die Gründung einer sozialistischen Arbeiterinternationale zustandekomme, und die bereits Internationale als erstes ihre Auflösung ausspreche, die Funktion der Wiener Internationale für beendet und ihre Organisation als aufgelöst erklärt wird.

Frankreich.

Eine Warnung an Griechenland. Nach einer Sondermeldung aus Athen hat der französische Gesandte gestern einen Schritt bei dem Ministerpräsidenten unternommen. Er erklärte diesem, die französische Regierung rate von der Ablehnung eines Ultimatus an die Regierung von Angola, sowie von jeder militärischen Aktion abzulassen, solange in Lausanne die Verhandlungen über die griechisch-türkischen Meinungsverschiedenheiten fortgesetzt würden. Die Vertreter Englands und Italiens unternahmen einen gleichen Schritt. Minister Carnot habe den französischen Gesandten der griechischen Absichten Griechenland versichert, und die griechische Regierung habe die Delegation in Lausanne beauftragt, sich mit allen Delegierten um eine friedliche Lösung auf der Grundlage der Nichtübergabe der Entscheidung zu bemühen.

Spanien.

Neue Gesetze in Matro. Die Sitzungen werden neue Gesetze in Matro. Die Spanier hatten mehrere Tote und Verwundete.

Amerika.

Zur Prüfung der deutschen und amerikanischen Verhandlungen. Der Richter Walker, amerikanischer Vizepräsident der Kommission zur Prüfung der deutschen und amerikanischen Verhandlungen, hat seine Amt niederzulegen bat, weil

er von seinen Wiltten entbunden sein möchte, da er glaube, daß ein jüngerer Mann das Amt eines Unparteilichen ausfüllen könne. Das Staatsdepartement teilt mit, Deutschland habe der Wahl Walker's zugestimmt. Nach Ernennung eines neuen amerikanischen Mitgliedes der Kommission wird, wie es heißt, wahrscheinlich eine neue Gründung der bereits erörterten Verhandlungen aus dem Untergang der Lusitania notwendig sein.

Dertines und Sänishes

Miesla, den 23. Mai 1923.

Die Würde des Schönheitserrings errang sich beim diesjährigen Jubiläum der Mieslerischen Schönheitsgesellschaft Herr Wilhelm Frank, Besitzer des Hotels „Wettiner Hof“. Der Einzug des neuen Schönheitserrings und seines Ministeriums erfolgt morgen Donnerstag abends 7/8 Uhr vom Schönheitsaus und wird folgende Straßen und Plätze berühren: Schönheitsstraße, Wappinger Straße, Polzerstraße, Wilmars, Grotzenhainer Straße, Hauptstraße, Wettinerstraße, Rosenplatz, Wilmarsstraße, Schloßstraße, Goethestraße, Pauliger Straße. Am „Wettiner Hof“ wird der Zug ausfallen.

Rudspende. Auch in diesem Monat hat das Verlonal der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt 111111 Miesla 100000 M für die Ruhr gespendet.

Rückblick. Der Kirchenvorstand bittet im amtlichen Teil der heutigen Nummer um Vorauszahlungen auf die nächste Kirchensfeier. Die Zahlungen können in der Pfarramtstanzel oder auf das Sparkontokonto (Dresden 24021) bei der Kirche oder auf das Stadtkontokonto 18 ober bei der Miesler Bank erfolgen.

Krankenzurückführung der Ruhrarbeiter. Die Arbeiter werden auf die diesbezüglichen Befreiungsmachtungen im amtlichen Teil besonders aufmerksam gemacht.

Rückblick. „Olympia“ auf dem Schönheitsplatz, der sich sehr guten Zulpruchs zu erfreuen hat, gibt heute Abend seine Abschiedsvorstellung. Das Nähere ist aus dem Anzeigenteil zu erfahren.

Der Postverkaufspreis. Die Preisnotizkommission hat am 22. Mai 1923 einen Preisverkauf von 3800–4200 für weiße, rote und gelbbraune Sorten notiert.

Wegen Ueberföhrung der Butterbändlerpreise sind bekräftigt worden die Butterbändlerpreise in Spandberg Nr. 34, Ida Richter in Spandberg Nr. 33, Maria Kockisch in Spandberg Nr. 25, Maria Paul geb. Scheide in Spandberg Nr. 37, Antonie Hütte geb. Thiel in Spandberg Nr. 11, Anna Wühl geb. Scheller in Spandberg Nr. 23, mit je 10000 M. Geldstrafe, der Butterbändler Karl Wulff in Coswig, Neucoswiger Straße Nr. 1 mit 50000 M. Geldstrafe.

Wam Sommerferienplan. Der neue am 1. Juni in Kraft tretende Sommerferienplan bringt mehrere Verbesserungen. Auf der Linie Leipzig—Miesla—Dresden ist ein Zug 2. und 3. Klasse aufgenommen, nämlich ab Dresden Obf. nachm. 4.32 ab Dresden-N. 4.32 mit Halten in Wietzen, Miesla, Olsch und Würzen, an Leipzig Obf. abends 6.44. Die Nachtzugverbindungen mit Personenbeförderung: ab Leipzig Obf. 11.55 nach Dresden und ab Dresden Obf. 12.48 nach Leipzig entsallen. Dafür verkehren neue beschleunigte Personenzüge 2. bis 4. Klasse wie folgt: ab Leipzig Obf. nachts 12.40 in Dresden-N. 3.18 in Dresden Obf. 3.28; umgekehrt: ab Dresden Obf. früh 2.50 ab Dresden-N. 3.08, in Leipzig Obf. früh 3.35, frühe Zug halten in Vordorf, Würzen, Dahlen, Olsch, Miesla und Wietzen, halten in Leipzig Obf. die Anschlüsse von und nach dem Westen (Erfurt—Kassel, Magdeburg—Dampfung usw.) und schließlich in Dresden-N. an neue beschleunigte Personenzüge Dresden—Dresden an. In Wietzen ist direkter Anschluß von bzw. nach Kottbus—Wrobenhain vorhanden.

Dallusionation. Unter der Ueberschrift „Dallusionation“ teilt die „Sächsl. Staatszeitung“ u. a. folgendes mit: Die „Deutsche Wägen. Zeitung“ brachte am 15. Mai eine Zuschrift aus Leipzig, in der von einer angeblichen Bewegung in den bürgerlichen Kreisen Sachsens für einen Anschluß an Preußen erzählt wird. Sichtlich ist zu sagen, daß die sächsische Sozialdemokratie selbstverständlich gegen das Aufheben Sachsens in eine deutsche Einzelrepublik nichts einzuwenden hätte, wenn diese Einzelrepublik eben sämtliche jetzigen Bundesstaaten in sich aufnehmen würde. Etwas ganz anderes ist ein Anschluß an Preußen. Wenn er vielleicht auch einen Fortschritt gegen die Kleinanarchie und eine Stärkung der Position der Arbeiterschaft im größten deutschen Bundesstaate darstellen könnte, so würden doch zugleich die Nachteile überwiegen. Solange die „Ordnungspartei Bayern“ besteht, ist es absolut notwendig, daß die sozialistischen Regierungen Sachsens und Thüringens als Gegengewicht erhalten bleiben.

Sächsischer Verkehrsverband. Der Sächsische Verkehrsverband hält seine diesjährige Hauptversammlung am 26. und 27. Mai in Gottweide ab. Es soll über Verkehrsverbesserungen, Ferienlohnverträge, Beberberungsmaßnahmen, Vorkweilen, Gewerkschaften usw. beraten werden.

Nachrichtensstelle und bürgerliche Presse. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit, daß die Uebersetzung ihrer Notizen an die bürgerliche Presse nach wie vor erfolgen werde.

Bundestag der Theologischen Gesellschaft. Die Theologische Gesellschaft für Deutschland trat am Pfingstsonntag in Leipzig zu ihrem Bundestag zusammen. In der öffentlichen Versammlung am 1. Freitag sprach Walter Ulbricht über die Verlobung der Wiltter und Religionen durch die Theologie.

Erster sächsischer Kunstgewerbetag. Bei den Verhandlungen des Kunstgewerbetages am Sonntag, 20. Mai, in Dresden, der die erste Veranstaltung dieser Art in ganz Deutschland ist, steht die offizielle Vertretung der Behörden und rege Beteiligung der am Kunstgewerbe interessierten Verbände von Kunst, Handwerk, Industrie und Arbeitnemerhaft aus ganz Sachsen zu erwarten. Die Besprechungen, die durch die gleichzeitige Ausstellung einer großen Anzahl von sächsischen Fach- und Gewerkschaften in der Akademie für Kunstgewerbe nicht erradn werden, finden in der Sächsischen Staats Akademie statt. Teilnahmestellen zu 2000 Mark sind in der Sächsischen Landesstelle für Kunstgewerbe, Dresden, Marschnerstraße 41, erhältlich.

Tagung des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik. Gestern vormittag fand im Stabesortenergebnisgebäude des neuen Rathhauses in Dresden die 8. Mitgliederversammlung des Vereins für Kommunalpolitik und Kommunalpolitik statt. Der Oberbürgermeister Dr. Lutzen aus Ziel leitete die Versammlung und begrüßte die erschienenen Mitglieder, Vertreter der Behörden und Spitzenverbände, insbesondere die auswärtsbisherigen Vertretern aus Hofland, Rorwegen, Finnland, Estland, Wien und Budapest sowie der deutschen Gemeinden in der Tschechoslowakei. Oberbürgermeister Häber hier die Eröffnungsrede namens der Stadt Dresden bezüglich willkommen und wünschte der Tagung besten Erfolg. Nach dem vom Generalsekretär Edwin Stein gehaltenen Geschäftsbericht hielt der Stadtkämmerer Rüdiger aus Berlin einen Vortrag über Währungsentscheidung und Gemeindefinanzien. Ueber daselbe Thema sprachen noch Dr. Wolff aus Leipzig als Vertreter der deutschen Selbstverwaltungsförderer in der Tschechoslowakei und Stadtrat Dreiner aus Wien vom deutsch-tschechischen Städtebund. Den Vorträgen folgten eine lehrreich lebhafte Aussprache um 8 Uhr verzeichnet sich die Teilnehmer an